



„Der einzige Weg, die Regeln einzuhalten, wäre ein selbstmörderischer Haushalt, der uns in die Rezession führen würde.“

Italiens Vizepremierminister Luigi Di Maio

2.339.720.929.743 Euro Schulden

(Stand gestern, 17 Uhr), weist Italien laut „Italia Ora“ auf; das sind mehr als 130 Prozent der Wirtschaftsleistung und bedeutet einen der größten Schuldenberge der Welt. Dafür muss das Land täglich 3.201.000 Euro an Zinsen zahlen. Aus diesem Grund sind die Haushaltsspielräume nicht besonders groß.

Scholz zu Italien: Jedes Land in der EU muss Verantwortung übernehmen

BERLIN (dpa). Bundesfinanzminister **Olaf Scholz** (SPD) hat die italienische Regierung im Haushaltsstreit mit der EU-Kommission an ihre Verantwortung erinnert. Die Wirklichkeit könne sich niemand „wegreden“, sagte Scholz beim „Wirtschaftsgipfel“ der „Süddeutschen Zeitung“ gestern in Berlin mit Blick auf die hohe Staatsverschuldung Italiens. Das Land weist mit 2,3 Billionen Euro – das sind mehr als 130 Prozent der Wirtschaftsleistung – einen der größten Schuldenberge der Welt auf.



Olaf Scholz (SPD) ANSA/TWITTER MEF

Er sei sich sicher, dass die Regierung in Rom wisse, dass die Haushaltsspielräume nicht besonders groß seien, sagte Scholz. Auf eine Frage zu möglichen finanziellen Sanktionen der EU-Partner gegen Italien

ging er nicht konkret ein. Es sei ein „kluger“ Diskussionsprozess begonnen worden, der nun fortgeführt werden solle. Er sei froh, dass die Debatte „sehr moderat“ erfolge. Italien provoziert eine weitere Eskalation mit der EU. Am Dienstag gab es bisher keinerlei Signale, dass Rom einlenke.



Undankbare Aufgabe: Wirtschaftsminister Giuseppe Tria muss Italiens Haushaltspläne gegenüber Brüssel rechtfertigen.

ANSA/Riccardo Antimiani

Sackgasse Schuldenstreit

BUDGET: Italiens Regierung stellt sich mit ihren Haushaltsplänen bewusst gegen die Euro-Schuldenregeln

ROM/BRÜSSEL (dpa). Zum ersten Mal in der Geschichte des Euro hat die EU-Kommission den Budgetplan eines Mitgliedstaats zurückgewiesen. Für Italien läuft die Frist aus, das Ruder noch herumzureißen. Doch ein Einlenken Roms ist weiter nicht in Sicht.

Was ist das Problem?

Um teure Wahlkampfversprechen umzusetzen, will die italienische Regierungskoalition aus Fünf-Sterne-Bewegung und Lega im kommenden Jahr unverhältnismäßig viele neue Schulden machen. Finanziert werden sollen zum Beispiel ein früherer Renteneintritt, Steuererleichterungen und eine Grundsicherung.

Wie rechtfertigt Rom die Mehrausgaben?

Die Regierung ist überzeugt,

dass die höheren Ausgaben nötig sind, um der Wirtschaft nach Jahren wieder einen Schub zu versetzen. Rom wirft Brüssel vor, positive Impulse für das Land und für ganz Europa zu unterschätzen. Finanzminister Giovanni Tria sprach von „wirtschaftlichem Selbstmord“, wenn die 0,8 Prozent wirklich eingehalten würden.

Welche Argumente hat Brüssel?

Aus Sicht der EU-Kommission sind die Pläne Roms nicht mit den europäischen Stabilitätsregeln vereinbar. Zwar will Italien die vorgegebene Defizit-Grenze von 3 Prozent der Wirtschaftsleistung halten. Allerdings steht das Land wegen seiner hohen Gesamtverschuldung unter besonderer Beobachtung – erlaubt sind nur 60 Prozent der Wirtschaftsleistung.

Was, wenn Italien wie angekündigt hart bleibt?

Dann könnte die EU-Kommission bald ein offizielles Defizitverfahren einleiten. Dabei könnten die EU-Partner Italien mehr Haushaltsdisziplin verordnen. Verstößt Rom auch gegen diese Vorgaben, dürften die Finanzminister theoretisch finanzielle Sanktionen verhängen. In der Praxis ist dies bislang noch nie geschehen.

Wie positionieren sich die anderen Euro-Staaten in dem Streit?

Die Euro-Finanzminister pochen wie Brüssel auf einen neuen Haushaltsplan aus Italien, der im Einklang mit dem Euro-Stabilitätspakt steht. Beim jüngsten Treffen der Eurogruppe betonten sie jedoch auch die Gesprächs- und Kooperationsbereitschaft mit Rom.

Was spricht für Rom?

Dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt alles andere als ein-

deutig ist und etliche Flexibilitäts- und Zusatzklauseln enthält. Die Haushaltsüberprüfung sei deshalb eine sehr schwierige Sache, heißt es in EU-Diplomatenkreisen.

Warum also nun die Strenge?

Die Euro-Finanzminister hatten Italien wegen seiner hohen Verschuldung – noch unter der Vorgängerregierung – auferlegt, sein strukturelles Defizit auszuräumen. Für Ärger in Brüssel sorgt auch der Ton aus Rom. Vor allem die Vize-Premiers provozieren gern mit ihren harschen Botschaften.

Wie geht es jetzt weiter?

Am 21. November will die EU-Kommission ihre Einschätzungen zu sämtlichen Haushaltsentwürfen abgeben. Ob der italienische dann auch dabei ist, hängt entscheidend von den nächsten Schritten in Rom ab.

© Alle Rechte vorbehalten

BLICK NACH AFGHANISTAN

Katastrophale Dürre

VERZWEIFLUNG: Hunderttausende auf der Flucht



von Margret Bergmann*

Die Menschen im kriegsge-schüttelten Afghanistan, in dem es Millionen Flüchtlinge und Heimatvertriebene gibt und herrscht heuer auch eine katastrophale Dürre, die schwerste seit Menschengedenken. Hunderttausende flüchten aus ihrem Heimatgebiet, verlassen ihre Behausungen auf der Suche nach Wasser. Alle Quellen, Bäche, Flüsse und Wasserreserven sind ausgetrocknet.

„2017 gab es schon eine schreckliche Dürre, aber die heurige ist noch viel schlimmer. Wir hatten nichts mehr zu essen und mussten deshalb fliehen“, klagt ein Mann. Und ein anderer: „Die Menschen hier sind wohl an die kriegerischen Zustände gewöhnt, aber diese

Dürrekatastrophe ist schrecklich. Auf den Äckern stehen tote Halme, Büsche und Bäume verdorren, es gibt kein Grasland mehr. Die Kinder und Frauen sterben dahin: Ohne Wasser keine Hygiene und ohne Hygiene grassieren Krankheiten.“

Die UNO bestätigt dass über 200.000 Menschen wegen Wassermangels fliehen mussten. Der trockene Winter und die darauffolgende Dürre machten die Landwirtschaft, das Rückgrat von Afghanistans Wirtschaft, zunichte. In einigen Gebieten wurden 100 Prozent der Landwirtschaft vernichtet. Die UNO betont, dass dringend Nahrungsmittelhilfe von außen nötig ist. Sei es wegen des Krieges, sei es wegen des Wassermangels: Afghanistan ist ein in die Verzweiflung getriebenes Land.

*Mitglied des Onlus Vereins „Südtiroler Ärzte für die Welt“

EUROPA-SPLITTER

Besser staubsaugen in der EU

LUXEMBURG: Gerichtshof erklärt EU-Verordnung zum Energielabel von Staubsaugern für ungültig

Das EU-Energielabel auf Haushaltsgeräten ist aus dem Alltag bekannt. Für Staubsauger hält es neben den Farbbalken für die Energieeffizienzklasse auch den Jahresstromverbrauch, die Lautstärke, die Staubemissionsklasse sowie die Staubaufnahme fest. Doch dieser Aufkleber ist nun in Gefahr.

Vor dem Wochenende hat der EU-Gerichtshof einer Klage des Staubsaugerherstellers Dyson recht gegeben. Die Kennzeichnung des Energieverbrauchs von Staubsaugern muss laut Gerichtshof geändert werden, denn die gegenwärtig vorgeschriebenen Testmethoden entsprechen nicht den tatsächlichen Bedingungen des Staubsaugens. Der Verbraucher wird ungenügend informiert.

Das Urteil ergeht vor dem Hintergrund eines länger währenden „Staubsaugerstreits“ zwischen Dyson und Bosch – beides renommierte Staubsaugerhersteller. Dyson wurde bekannt durch die Herstellung von



Das Etikett gibt in farbigen Balken an, wie effizient das Gerät ist. An der Testmethode für das Label dürfte sich nach einem Urteil des EU-Gerichts nun etwas ändern.

beutellosen Saugern. Diese vermeiden Verstopfung und Beutel durch den Einsatz einer Zyklontechnik, wobei Luft in schnelle Drehbewegung versetzt wird und Schmutzpartikel in einem Behälter aufgefangen werden. Dyson argumentiert, dass solche beutellose Sauger von den EU-Regeln benachteiligt werden. Denn die einschlägige EU-Ver-

ordnung verlangt, dass die Tests zur Messung des Energieverbrauches von Staubsaugern nicht während des Gebrauchs, sondern nur mit leerem Beutel stattfinden müssen. Das sei unfair, denn der Stromverbrauch vieler Beutelsauger steige, je voller der Beutel sei.

Die verpflichtenden Tests der Geräte müssen zu Bedingungen

stattfinden, die den tatsächlichen Bedingungen des Gebrauchs so nah wie möglich kommen. Deshalb erklärte der Gerichtshof die Verordnung der EU-Kommission nun für ungültig. Dagegen können innerhalb von zwei Monaten Rechtsmittel beim EuGH eingelegt werden. Ansonsten müssen die Tests für die Energielabels für Staubsauger neu geregelt werden.

Produktspezifische Regelungen zum EU-weiten Energielabel bestehen für viele Produktgruppen im Haushaltsbereich wie Geschirrspüler, Fernsehgeräte, Klimaanlage, Wäschetrockner, Leuchten, Backöfen und Dunstabzugshauben. Verbraucherschützer kritisierten, dass auch etwa bei Waschmaschinen das Energielabel nicht den Verbrauch im Alltag widerspiegeln. So werde der Stromverbrauch von Waschmaschinen im Energiesparprogramm ermittelt. Tatsächlich aber benützen wenig Konsumenten regelmäßig diese Funktion.

© Alle Rechte vorbehalten

4 FRAGEN AN ...

... Gabriel N. Toggenburg*



dauer des Geräts mehr als 55 Euro Ersparnis bringen.

„D“: EU-Paternalismus?

Toggenburg: Es ist Fakt, dass der Energieverbrauch von Haushaltsgeräten in den letzten Jahren gesunken ist, da die Industrie nun bevorzugt Geräte der Klasse A auf den Markt bringt. Im Übrigen ist die EU-Regulierung rückläufig. Soeben wurde ein Papier zu Subsidiarität vorgestellt.

„D“: Ein Papiertiger?

Toggenburg: Ich denke, es handelt sich um ein echtes Anliegen des Kommissionspräsidenten. Das Dokument wird diese Woche im Ministerrat diskutiert. Man will den Mehrwert des EU-Rechts sowie die Vorteile für die Bürger sicherstellen. Und man will die 41 nationalen Parlamentskammern, die 280 Regionen und die 80.000 Gemeinden in der EU besser einbeziehen.

„Dolomiten“: Was entnehmen Sie dem Staubsaugerurteil?

Gabriel N. Toggenburg: Dass der Gerichtshof seine Kontrollfunktion ernst nimmt. Der Eigentümer von Dyson ist ein begeisterter Brexit-Befürworter und Kritiker des EuGH. Diesmal kann er sich aber nicht beschweren.

© Alle Rechte vorbehalten

* Honorarprofessor für EU-Recht und Menschenrechtsschutz an der Universität Graz